

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Bremens Beitrag zur Zwangsarbeiter-Entschädigung**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die grundsätzliche Einigung über die Einrichtung einer Bundesstiftung zur Entschädigung für Zwangsarbeit unter dem Nationalsozialismus. Dies kann keine Entschädigung und Wiedergutmachung im juristischen Sinn mehr sein; wohl aber das längst überfällige Zeichen der Anerkennung historischer Schuld und moralischer Verantwortung.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Bildung und Ausstattung der Stiftung und die Auszahlung ihrer Mittel an die früheren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter so schnell als möglich erfolgen — und in einer Art, die eine respektvolle Anerkennung der Ansprüche gewährleistet. Nur dann können die Mittel der Stiftung bei den Opfern der NS-Zwangsarbeit, die meist in schwierigen Verhältnissen leben, noch ankommen — moralisch und materiell. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, dass der Senat wie auch die Archive und wissenschaftlichen Einrichtungen im Land die Arbeit der Stiftung bei der Anerkennung der Ansprüche und der Auszahlung von Leistungen nach ihren Möglichkeiten unterstützen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt sich der politischen Verantwortung des heutigen deutschen Staates und der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft für den sehr späten Versuch einer Wiedergutmachung an den Opfern der NS-Zwangsarbeit. Sie spricht sich daher dafür aus, dass das Land Bremen und die Städte Bremerhaven und Bremen der beitreten. Die Bürgerschaft (Landtag) und die in ihr vertretenen Fraktionen erklären ihre Bereitschaft, ihrerseits einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die bremischen Firmen, kommunalen Unternehmen, Organisationen, Verbände und Einrichtungen, die aus der Ausbeutung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern ihren Nutzen gezogen haben, bzw. deren Rechtsnachfolger der Stiftung beitreten oder in anderer geeigneter Form einen wirksamen Beitrag zur Entschädigung leisten. Sie appelliert an die Kammern, sich der Frage anzunehmen, damit es einen nennenswerten Beitrag der bremischen Wirtschaft gibt.

Dr. Kuhn, Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen